



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag



Herrn Ministerpräsidenten
David McAllister
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

Vorab per Fax

Hannover, 14. März 2012

Verhandlungen über die Schuldenbremse

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass eine der beiden Regierungsfractionen schon im Jahr 2016 die Neuverschuldung auf null reduzieren will, um damit die Ziele der Schuldenbremse zu erreichen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie dokumentieren könnten, wie dieses Ziel bis 2017 erreicht werden kann. Angesichts der Tatsache, dass wir derzeit beispiellos niedrige Zinsen und relativ hohe Steuereinnahmen verzeichnen, Sie als Landesregierung aber trotzdem im laufenden Haushalt 2012 eine Deckungslücke von rund 2 Mrd. Euro eingeplant haben, die durch Nettoneuverschuldung, Entnahmen aus Rücklagen und Veräußerungsgewinne gedeckt werden soll, halten wir es für dringend geboten, dass Sie Ihre Finanzplanung öffentlich machen. Damit könnte eine Grundlage für weitere konstruktive Gespräche über eine Schuldenbremse gelegt werden.

Stattdessen betreiben CDU und FDP aber eine öffentliche Kampagne. Sie werfen dabei den Oppositionsparteien vor, die interfraktionellen Gespräche zur Verankerung der „Schuldenbremse“ in der Niedersächsischen Verfassung aus taktischen Erwägungen fernzubleiben. Der SPD-Landtagsfraktion wird in Presseerklärungen unterstellt, sie tue dies, um nach einer Regierungsübernahme weiter unbegrenzt „Schulden machen“ zu können. Aus diesen Gründen sei sie an einer schnellen Einigung nicht ernsthaft interessiert. Diese Unterstellungen gipfeln darin, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit ihrem Verhalten aus parteilichem Eigeninteresse gegen die Interessen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger verstoßen würden.

Wir haben bereits vor dem Beginn der Verhandlungsrunde sehr deutlich gemacht – und dies in den interfraktionellen Gesprächen immer wieder betont – welche sinnvollen Vorarbeiten wir als unbedingte Voraussetzung für verantwortliche Verhandlungen erwarten: Die Gespräche über die konkrete Ausgestaltung der „Schuldenbremse“ können nur dann sinnvoll geführt werden, wenn vorher die finanziellen Folgewirkungen für den Landeshaushalt

realistisch abgeschätzt werden. Unverantwortlich ist es für uns, dies nicht zu tun. Verantwortlich ist es, die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, welche Maßnahmen notwendig wären, um eine wirksame Schuldenbremse auch mittel- und langfristig mit den Landesaufgaben in Einklang zu bringen angesichts eines vom Landesrechnungshof ermittelten strukturellen Defizits von ca. 1,85 Mrd. Euro im langjährigen Mittel ist dies politisch geboten.

Bisher haben wir von den Regierungsparteien darauf keine Antwort erhalten. Stattdessen überbieten sich CDU und FDP gegenseitig bei der Vorlage immer schärferer Vorschläge zum Zeitraum und zur Höhe des Realisierungspfades der „Schuldenbremse“. Es ist offensichtlich, dass CDU und FDP eine Folgenabschätzung entweder gar nicht vornehmen wollen oder nicht vornehmen können, sondern die Verhandlungen lediglich im Wahlkampf nutzen wollen, um die beiden Oppositionsparteien als „Schuldenmacher“ an den Pranger zu stellen.

Wir erwarten von Ihnen als verantwortliche Landesregierung, diese Folgenabschätzung vorzunehmen und den Fraktionen vorzulegen. Exemplarisch sollte diese Abschätzung zunächst am Beispiel des Jahres 2014 erfolgen. In der „MiPla 2011 – 2015“ wird für dieses Jahr ein Handlungsbedarf in Höhe von 480 Mio. Euro ausgewiesen. Gleichzeitig soll – laut aktuellem Vorschlag der Regierungsfaktionen zur Verfassungsänderung – die für dieses Jahr geplante Nettokreditaufnahme von 900 Mio. Euro auf dann 720 Mio. Euro abgesenkt und damit eine weitere Bedarfslücke von 180 Mio. Euro erzeugt werden. Beide Summen ergeben zusammen eine Deckungslücke von 660 Mio. Euro.

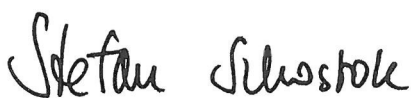
Über das Jahr 2014 hinaus ergeben sich aus dem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben weitere Unwägbarkeiten. So wird im „Finanzstatus Niedersachsen“ des Niedersächsischen Finanzministeriums für den Zeitraum zwischen 2008 und 2012 eine Steigerung ausgewählter Ausgabepositionen in Höhe von 2,329 Mrd. Euro ausgewiesen, während die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im gleichen Zeitraum lediglich um 1,266 Mrd. Euro gestiegen sind. Schreibt man diese Entwicklung für die vor uns liegenden Jahre fort – und für vieles spricht für eine Plausibilität dieses Vorgehens – so ergibt sich aus unserer Sicht auch für die kommenden Jahre eine weitere Öffnung der Deckungslücke.

Von daher erwarten wir von Ihnen auch über das Jahr 2014 hinaus den Entwurf einer vorläufigen Finanzplanung für den Planungszeitraum bis zum Erreichen des Zieles der Schuldenbremse.

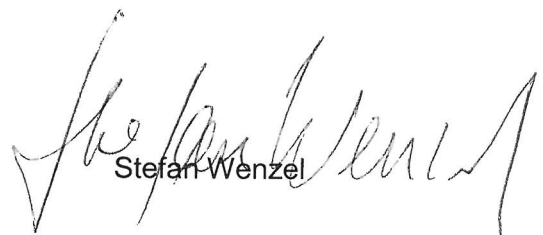
Die Vorlage dieses Zahlenwerkes stellt für die SPD-Landtagsfraktion und für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein Junktim – also die unbedingte Voraussetzung – für eine Weiterführung der Verhandlungen über die „Schuldenbremse“ dar.

Für eine kurzfristige Rückmeldung wären wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Schostok



Stefan Wenzel